



DU HAST DIE WAHL!?

Wahl-O-Mat im Test: Was taugt die vermeintliche Entscheidungshilfe und was sind die Alternativen?

► Seite 4/5



09/11 DER FALL CHILES

Heute vor 40 Jahren stürzte die faschistische Junta den chilenischen Präsidenten Salvador Allende.

► Seite 7

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:

► www.akduell.de

Semesterticket soll 43 Prozent teurer werden: VRR erntet Protest

Ende Juli war bekannt geworden, dass der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) eine massive Erhöhung der Beiträge für das Semesterticket plant (akduell berichtete). Mittlerweile haben sich AStA-Vertreter*innen der betroffenen Universitäten auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt, und unter dem Motto „So nicht, VRR!“ am ersten September eine Kampagne gestartet. Mit Erfolg: Innerhalb einer guten Woche haben bereits mehr als 15.000 Studierende auf der Facebookseite „Gefällt mir“ angeklickt. Der Protest soll in einer zentralen Demonstration in Duisburg gipfeln, wo der VRR-Verwaltungsrat am 27. September erste Erhöhungen beschließen will.

Die Studierendenvertreter*innen, die im Frühsommer zu ersten Gesprächen über die „Weiterentwicklung des Semestertickets“ eingeladen worden waren, hatten ohnehin wenig Gutes erwartet, sie staunten aber nicht schlecht, als ihnen mittels einer Power-Point-Präsentation vorgerechnet wurde, warum ihr Ticket in den nächsten Jahren um 43 Prozent teurer werden müsse: Erhebungen hätten ergeben, dass Studierende das Ticket seit 1991 um eben diesen Prozentsatz häufiger benutzen, weshalb mittelfristig eine Preisanpassung in dieser Höhe unumgänglich sei.

Die Pressesprecherin des VRR, Sabine Tkatzik, erklärte gegenüber der akduell, dass der VRR erst seit 2010 detaillierte Erhebungen zu Ticketarten, Reiseweiten und Reisezweck durchführe. Wenn man diese mit den ursprünglichen Annahmen von 1991 vergleiche, würden sich jene 43 Prozent ergeben, die der VRR in den Verhandlungen forderte. Ende Oktober würden die Verhandlungen „mit dem Ziel fortgesetzt, zu einer Einigung darüber zu kommen, wie sich das geänderte Nutzungsverhalten mittelfristig in höheren Preisen niederschlagen kann.“ Zum Sommersemester werde der Ticketpreis hingegen um maximal sechs Euro pro Semester erhöht. Mehr ist laut dem bestehenden Vertrag auch gar nicht möglich. Sarah Malzkorn und Marcus Lamprecht, die aktuellen AStA-Referent*innen für Ökologie und Mobilität der Universität Duisburg-Essen, haben die bisherigen Treffen mit VRR-Vertreter*innen als

Pseudo-Dialog empfunden. „Die hießen zwar offiziell Verhandlungsrunde, waren vom VRR aber nie als ergebnisoffene Verhandlungen gedacht, sondern im Prinzip als Verkündung dessen, was sie ohnehin wollen. Wir halten diese Erhöhung für unsozial und haben das klar so kommuniziert.“ Anstatt ernsthafter Verhandlungen vermeintliche Sachzwänge vorzuschieben, hält Sarah Malzkorn für fatal und nicht vertragsgemäß: „Die Friss-oder-stirb-Taktik des VRR scheint uns für eine öffentliche Institution als vollkommen unangemessen.“

Dementsprechend habe man sich innerhalb und außerhalb der Universität nach weiteren Verbündeten umgesehen. So erklärte UDE-Rektor Ulrich Radtke letzte Woche, dass er und seine Rektorenkollegen in der Universitätsallianz Metropole Ruhr (UAMR) eine derartige Preissteigerung für „sachlich nicht nachvollziehbar“ halten. Sie sei eine erhebliche finanzielle Belastung für viele Studierende und schade der Akzeptanz des Semestertickets. In kommunalpolitischen Fraktionen, die Vertreter*innen in den Verwaltungsrat des VRR entsenden, hätten die Referent*innen bisher allerdings auf Granit gebissen: „Da scheint ein Konsens zu sein, dass man bei Studierenden gut Geld holen kann um den maroden ÖPNV zu sanieren“, glaubt Marcus, doch mittlerweile gibt es auch dort Kritik an den 43-Prozent-Plänen.

Der Verwaltungsrat besteht derzeit aus 41 Männern und 3 Frauen, die Mitglieder der politischen Parteien sind und



Wie beim Monopoly: Wer alle Bahnhöfe hat, versucht abzukassieren. Nun steht das Semesterticket auf dem Spiel. (Foto: aGro)

auf kommunaler Ebene benannt werden. Hier ist seit einiger Zeit eine schwarz-grüne Koalition tonangebend, während SPD und FDP in der Opposition sitzen. Von der Verhandlungsstrategie des VRR scheinen aber selbst die regierenden Fraktionen nichts gewusst zu haben.

Grüne „stinkesauer“ auf VRR

Die grüne Fraktion im Verwaltungsrat ist nach Angaben ihres Vorsitzenden Norbert Czervinsky jedenfalls „stinkesauer“ über das Vorgehen der VRR-Verwaltung. Auf akduell-Anfrage erklärte dieser: „Die politischen Gremien sind bislang nicht eingebunden gewesen, sie sind von der VRR-Verwaltung auch nicht richtig informiert worden.“ Erst auf Nachfrage habe er die Power-Point-Präsentation geschickt bekommen, die auch den Studierendenvertreter*innen vorgeführt wurde. „Der enorme Anstieg erklärt sich daraus, dass 20 Jahre lang das Nutzungsverhalten nicht angemessen analysiert wurde und nun Zahlen von 1991 mit 2010 verglichen werden“, schreibt Czervinsky. „Zu keiner Zeit hatte es Hinweise der Verwaltung gegeben, dass hier ein Problem auftaucht.“

Während die Grünen das bedrohte

Semesterticket nun um jeden Preis erhalten wollen, will die FDP sich laut Fraktionsvorsitzenden Michael Ruppert die Frage stellen, ob ein solches „Zwangsticket“ überhaupt gerechtfertigt sei. Auch die FDP-Fraktion wartet allerdings noch auf belastbare Daten vom VRR und will sich daher erst Mitte September auf eine gemeinsame Position einigen.

Demo am 27. September

Wenn der VRR-Verwaltungsrat Ende September im Duisburger Rathaus erste Erhöhungen beschließen will, versuchen die Studierendenschaften im VRR-Gebiet trotz Semesterferien und früher Stunde, Präsenz zu zeigen. Bereits um 9 Uhr beginnt die zentrale Demonstration am Duisburger Hauptbahnhof. Bis dahin wollen die Asten ihre Verhandlungsposition stärken und hoffen auf Unterstützung von möglichst vielen Studierenden. „Alle, die die Kampagne durch „Gefällt mir“-Klicks unterstützen, stärken unsere Position und üben so Druck auf den VRR aus. Noch wichtiger aber ist, dass die Kommunalpolitik merkt, dass es etwas kurzsichtig ist, dem VRR diese Politik blind durchgehen zu lassen“, sagt AStA-Referent Marcus Lamprecht. [aGro]

DER EKELBARON MELDET SICH ZU WORT



Der Wahlzirkus

Bald ist es, Gott sei Dank, wieder vorbei. Sie werden ihre Zelte abbauen, ihre Plakate einsammeln und schließlich das Gefühl haben, die Demokratie für weitere vier Jahre vor dem Volke gerettet zu haben. Andere werden klagen über die geringe Wahlbeteiligung, den inhaltsleeren Wahlkampf und die geringe Unterscheidbarkeit der Parteien. Es wird sein wie immer: Der Wahlabend wird abklingen wie die Siegerehrung einer durchschnittlichen Sportveranstaltung.

Was sonst sollte man auch erwarten von einem politischen System, welches die Massenkompabilität der Parteien zum Maßstab politischen Erfolges macht? Die Masse ist ein Filter der Politik, der des Bürgers hochgeschätzte Individualität ebenso wenig hindurchläßt, wie alles Ewige und Erhabene. Allein dem Mediokren und Banalen spricht sie Geltung und Legitimität zu. Sie ist das Subjekt der Entsubjektivierung. Der Souverän der Unsouveränen.

Wäre die bürgerliche Demokratie tatsächlich eine Herrschaft solcher Volksmassen, sie würde lethargisch vor sich hinfaulen oder sich in einer gewaltigen Eruption der Gewalt selbst vernichten. Stattdessen reduziert man dessen Macht auf einen einzigen Wahltag und eine einzelne Frage, die es zu beantworten gilt, damit es am nächsten Tage wieder souverän schweigen oder manisch meckern kann. Würde es doch einfach zur Wahl schweigen.

**Hochachtungsvoll,
Friedrich von Einhalt**

Burger King brät Betriebsräte

Im Mai übernahm die Yi-Ko Holding, größter Franchisepartner Burger Kings, 91 Filialen von der Burger King GmbH, seitdem scheinen Betriebsräte im Zentrum von Umstrukturierungsarbeiten zu stehen. Gegen mehr als zehn Betriebsräte wurden Verfahren begonnen und die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG), die sich auf die Seite der Angeklagten stellte, ebenfalls zum Ziel einer Anklage.

Die NGG, so der Vorwurf in der 100 Seiten umfassenden Klageschrift, vermittele den Eindruck eines „Flächenbrandes“ bei Burger King. Dem Unternehmen sei so „ein erheblicher Reputationsschaden“ entstanden. Trotzdem verklagt es die Gewerkschaft nur auf den „symbolischen Betrag“ von 1 Euro. Michaela Rosenberger, stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende, machte gegenüber dem Blog die Freiheitsliebe deutlich, dass die „Klage bei der NGG noch nicht eingegangen ist. Wir sehen ihr aber gelassen entgegen. Wir lassen uns auch nicht davon abbringen, unsere Mitglieder und Betriebsräte bei ihrer Arbeit zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass ihre Rechte nicht mit Füßen getreten werden.“

Auseinandersetzungen mit Betriebsräten

Der Streit zwischen Gewerkschaft und Unternehmen begann als Ergün Yildiz, zusammen mit Alexander Kobolov, Gründer der Holding, eine E-Mail an alle Restaurantleiter*innen schrieb. Darin erklärte er, dass alle Betriebsvereinbarungen gekündigt seien. Mitarbeiter*innen hätten teilweise nur noch 6,50 Euro pro Stunde statt des Tariflohns (Stufe 3) in Höhe von 8,55 Euro erhalten. Auch bei Mehrarbeitszuschlägen und dem Urlaubsgeld wären Beschäftigte schlechter entlohnt worden. Er kündigte auch an, dass künftig die Zeit, die die Mitarbeiter*innen bräuchten, um sich ihre Dienstkleidung anzuziehen, nicht mehr als Arbeitszeit gelte. Eine



Betriebsräte bei Burger King unerwünscht? (Foto: ttm)

Erklärung deren Inhalt er inzwischen rückgängig gemacht hat, nachdem Arbeitnehmer*innen, unterstützt durch ihre Gewerkschaft, auf die Barrikaden gingen. Die Androhung schockierte die Gewerkschaft, da „Burger King bisher eigentlich immer betriebsratsfreundlich war - im Gegensatz zu McDonald's, wo es kaum Mitarbeitergremien gibt“, wie Sylvia Artzen, NGG-Sekretärin in Frankfurt, gegenüber der FAZ erklärte. Seit Juni wird nun gegen Betriebsräte geklagt, unterstützt wird das Unternehmen bei den Klagen von dem Anwalt Helmut Naujoks, Autor des Ratgebers „Kündigung von Unkündbaren“, von den Medien wird er inzwischen der „Betriebsratsfresser“ genannt.

Auch im Ruhrgebiet sind davon Mitarbeiter*innen betroffen. Die Yi-Ko Holding klagt gegen drei Betriebsräte einer Bochumer Filiale, die möglicherweise vom Dienst freigestellt wurden. Die Burger King Beteiligungs GmbH, welche die Markenrechte an den fast 700 Filialen in Deutschland hält, antwortet auf eine Anfrage von Handelsblatt Online: „Uns liegen keinerlei Anhaltspunkte dafür vor, dass es in der Vergangenheit Freistellungen von Betriebsratsmitgliedern gab, die nicht ‚erforderlich‘ gewesen wären.“ Ein Vorwurf den auch die Betroffenen von sich weisen.

Breite Solidarität und medialer Druck

Die betroffenen Betriebsräte und Mitarbeiter*innen, wie auch die Gewerkschaft, erhalten inzwischen breite öffentliche Unterstützung. So hat die Fraktion der Linken im Bundestag die Verfahrensweise der Holding in einer offenen Stellungnahme deutlich kritisiert. Dort wird vermutete, dass „aktive Betriebsräte, die bei der Aufstellung von Dienstplänen und Urlaubsplänen und der Einhaltung von Tarifverträgen die Interessen der Mitarbeiter*innen vertreten, der Yi-Ko Holding ein Dorn im Auge“ sein könnten. In der Stellungnahme wird deswegen gefordert, dass „Betriebsräte in ihrer Arbeit nicht länger behindert und gemobbt werden“ und dass „die Kündigungsverfahren eingestellt werden müssen.“ Auch die Facebookseite „Fair bei Burger-King“, die täglich über Entwicklungen berichtet, erfreut sich inzwischen über mehr als 1.200 Likes. Michaela Rosenberger sieht in der Unterstützung einen wichtigen Punkt für mögliche weitere Verfahren: „Schon bei den ersten Gerichtsterminen in Augsburg oder Dortmund war es sehr ermutigend, dass Freunde sowie UnterstützerInnen und Unterstützer die Termine begleitet haben. Auch der mediale Druck ist sehr hilfreich.“ [JJ]

Religion Free since 2013

„Weihnachten und Ramadan fallen aus!“ - Was sich auf den ersten Blick nach einem schlechten Scherz oder der Wiederauferstehung des Grinch anhört, könnte an öffentlichen Orten womöglich in Zukunft bittere Realität werden. So stießen die Leser*innen der Berliner Zeitung (BZ) Ende August auf einen Artikel von Gunnar Schupelius unter dem Titel: „Kreuzberg: Weihnachts- und Ramadan-Verbot“. Auch wenn Schupelius in seinem Artikel die reißerische Überschrift entschärft und zeigt, dass es sich anscheinend doch nicht um ein kategorisches Verbot des Bezirksamts handelt, schlug dessen Botschaft hohe Wellen in der Leser*innenschaft. Wie in den USA könnten wir bald ein Verbot von Religion auf öffentlichen Plätzen haben.



Bald nur noch kommerzielle Straßenfeste? (Foto: DanKe)

Besonders in der rechten Szene wurde Muslimen die Schuld für das Verbot religiöser Feste zugeschrieben: Aufgrund ihres Drängens sei Weihnachten aus der Öffentlichkeit verbannt worden. Dabei war vom Festverbot zum ersten Mal die Rede, als Muslime in Kreuzberg ein öffentliches Fastenbrechen feiern wollten. Auch wenn laut BZ jene Feier nach einer schnellen Umbenennung in „Sommerfest“ genehmigt wurde und Stadtrat Beckers erklärte, dass man nun einen zentralen Platz suche, an dem fortan alle religiösen Feiern in Kreuzberg stattfinden können, ist die öffentliche Reaktion auf ein Verbot religiöser Feste alles andere als ausgewogen. Werden christliche und islamische Feste gleich behandelt, das heißt in diesem Fall nicht genehmigt, führt es zum Aufschrei. Ist es hingegen „nur“ das islamische Fastenbrechen, welches nicht im öffentlichen Leben stattfinden soll, findet man maximal eine Randnotiz in den Medien.

Das praktische Problem, dem sich die Bezirksverwaltung hier gegenüber sieht, ist die sogenannte „Übernutzung“ der Stadtteile Friedrichshain und Kreuzberg. Aktuell finden

jährlich ca. 150 Feste in Berlin-Kreuzberg statt – eine Zahl, die die zuständigen Behörden vor große Herausforderungen stellt. „Wenn man einer Religionsgruppe ein Fest erlaubt, muss man auch allen anderen ihre Feste erlauben“, kommentierte Stadtrat Beckers gegenüber der Berliner Zeitung. Konsequenterweise bedeutet dies, auch christliche Feste in der Öffentlichkeit zu verbieten. Schließlich lenkte Beckers gegenüber der BZ ein, mit dem Hinweis auf die Suche nach einem geeigneten zentralen Ort für alle religiösen Feiern.

Aus dem Fall in Kreuzberg kann man letztlich eine Schlussfolgerung ziehen: Ob christlich, muslimisch oder anderweitig religiös motiviert – nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz müsste ein Verbot, sowie die Genehmigung öffentlicher Feste, für alle Religionen gleichermaßen gelten. Ob im Berliner Bezirk jetzt nur noch kommerzielle oder kulturelle Feste anstelle religiöser gefeiert werden sollten, ist fraglich. In erster Linie wird sich hier sicherlich das Angebot an der Nachfrage orientieren müssen. Doch die Frage nach dem Anfang und

dem Ende religiöser Feste bleibt. Ist ein Weihnachtsmarkt heutzutage tatsächlich ein religiöses Fest? Ist die öffentliche Fortführung und Weiterentwicklung dieses Brauchs wichtiger als beispielsweise das in Deutschland trendige Holi-Fest, bei dem man sich gegenseitig mit Farbpulver bewirft und welches unter anderem vergangene Woche am Kemnader See in Bochum gefeiert wurde?

Bezirksamt dementiert

In einer Pressemitteilung rüdete das zuständige Bezirksamt schließlich zurück: „In Friedrichshain-Kreuzberg wurden und werden keine Feste wegen ihres religiösen Charakters untersagt oder benachteiligt.“ Bei der Entscheidung, welche Feierlichkeiten realisiert werden könnten, würden ausschließlich objektive Kriterien (Verkehr, Lärmschutz für Anwohner*innen etc.) eine Rolle spielen. Weiter heißt es: „Religiöse Orientierung der Antragsteller*innen oder die Ausrichtung der Veranstaltung sind bei dieser Prüfung aber kein Kriterium.“ Im Gegenteil: der Bezirk Friedrichshain-

Kreuzberg sei stolz auf seine religiöse Vielfalt und Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Die Grünen) bedauere ausdrücklich, wenn durch dieses Missverständnis Menschen verletzt wurden.

Kirchen wehren sich

Unter den zahlreichen Reaktionen auf Schupelius' Artikel meldeten sich auch Vertreter*innen der beiden großen christlichen Kirchen zu Wort. Der evangelische Berliner Bischof Markus Dröge sprach sich gegenüber der Berliner Zeitung klar gegen eine erzwungene Privatisierung des religiösen Brauchtums aus: „Wir werden weiter unsere Botschaft öffentlich ausrichten an alles Volk, so wie es sich die Bekennende Kirche in der Nazi-Zeit erstritten hat, so wie es die evangelische Kirche in der DDR verteidigt hat und dadurch zur friedlichen Revolution beigetragen hat.“ Auch in katholischen Nachrichten ist in Anlehnung an den Kreuzberg-Diskurs die Rede von „Diskriminierung statt Religionsfreiheit“.

Religiöse Vielfalt in NRW

In NRW gibt es laut einer Studie des CERES-Instituts, über 228 religiöse Organisationen, in denen 75 Prozent der hiesigen Bevölkerung Mitglied oder aktiv sind. Der Umgang mit diesen Gemeinschaften im öffentlichen Raum könne zum Zentrum einer solchen Debatte werden. Der deutsche Staat nimmt für sich in Anspruch, religiös neutral zu sein, doch bei der Genehmigung von Festen werden gesellschaftlich etablierte Religionen bevorzugt: „Für viele Zuwanderer und Aussiedler ist Religion ein wichtiger Identitätsfaktor: Sie sind im Vergleich zur gesamten deutschen Gesellschaft überdurchschnittlich stark in religiösen Organisationen engagiert“, heißt es in der Studie.

Der Staat muss hier besonderes Fingerspitzengefühl beweisen, um alle Religionen gleich zu behandeln und eine neue Art der Praxis im Umgang mit Religion in der Öffentlichkeit zu etablieren. [DanKe]

Und wer ist Dir am Nächsten?

Du hast die Wahl! Den Meisten sind sie auf irgendeine Art und Weise im Internet bereits begegnet: Wahl-O-Maten gibt es vor den Bundestagswahlen und den meisten Landtagswahlen in verschiedenen Ausführungen. Am bekanntesten und am häufigsten genutzt wird der Wahl-O-Mat auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Seit 2002 wird hier den Wähler*innen eine Möglichkeit gegeben, sich vor der anstehenden Wahl durch Fragen zu klicken und somit virtuell die Wahlprogramme der Parteien kennen zu lernen. Unsere Teststudentin stellt sich die Frage: Ist der Wahl-O-Mat eine Entscheidungshilfe? Und ist Neutralität gegeben?

Auf den ersten Blick wirkt der Wahl-O-Mat harmlos: 38 Fragen zu politischen Belangen, die der Wähler jeweils mit „Stimme zu“ „Neutral“, „Stimme nicht zu“ oder „These überspringen“ beantworten kann. Anschließend kann man noch auswählen, welche Thesen einem persönlich am wichtigsten sind und mit welchen Parteien man sein Ergebnis vergleichen möchte. Dass jedoch auch bereits die Auswahl der gestellten Fragen eine Beeinflussung der Wähler*innen sein kann, daran denken die Meisten zunächst nicht. Unerschwellig wird vermittelt, welche Themen bei der Wahl wichtig sind, während andere Themenkomplexe gar nicht aufgegriffen werden. Außerdem wird bei der Angabe „neutral“ eine Übereinstimmung mit einer Partei ausgewertet, die zu dieser bestimmten These keinen Standpunkt angegeben hat. Dass der „Neutral-Button“ für den Wähler aber auch



ausgewÄHLT. Und du? (Foto: Gerne)

bedeuten kann „Ich stimme teilweise zu, aber teilweise auch nicht“, wird nicht in Betracht gezogen.

Die Thesen wurden von der Jugendredaktion des Bundestags-Wahl-O-Mat formuliert und 28 zur Wahl stehenden Parteien gaben dieses Jahr Antworten auf die Fragen. Beraten wurden die 18-26-jährigen, darunter viele Erstwähler*innen, von Expert*innen der Bundeszentrale für politische Bildung.

Malin Schmidt, Studentin, die für uns den Wahl-O-Mat getestet hat, bemängelt: „Die Auswahl der Fragen müsste verbessert werden. Das könnte man erreichen, wenn man ein größeres Spektrum an Altersgruppen an der Erstellung der Fragen beteiligt. Jungen Leuten sind vermutlich andere Themen wichtig, als Älteren.“

Wolfgang Michal, deutscher Politikwissenschaftler und Journalist, mokierte schon 2009 in der ZEIT die Ergebnisse des Wahl-O-Mat: „Mich interessieren vor allem die absurden Ergebnisse, die meine Bekannten berichten. Ihnen allen stieß unangenehm auf, dass kleine, abseitige Parteien in der Übereinstimmungsrangliste unverhältnismäßig weit oben landen. Engagierte Demokraten stellten plötzlich seltsame Übereinstimmungen mit der NPD, den Violetten oder der Tierschutzpartei fest, obwohl sie seit Jahrzehnten im linksliberalen oder grünen Spektrum verankert sind. Und eingefleischten Konservativen saßen die Republikaner oder die Bibeltreuen Christen im Nacken.“ Auch 2013 ist dieses Phänomen erneut aufgetreten. Viele

unserer Befragten, die bei dem Parteivergleich die NPD mit auswählten, erhielten eine unerwartet hohe Übereinstimmung mit der rechtsradikalen Partei.

Spielend durch die Wahl

In der Pressemitteilung der bpb wird damit geworben, dass der Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl am 22. September nun online und „ab sofort spielbar“ ist. Das Konzept des Wahl-O-Mat soll junge Wähler*innen dazu motivieren sich zu informieren und anschließend an der Wahl teilzunehmen. Anstatt sich mühsam durch lange Wahlprogramme zu quälen, reichen jetzt also ein paar Klicks, um über alle Parteihalte informiert zu sein. Einfach spielend leicht, oder?

Der Wahl-O-Mat birgt auch Gefahren, die die Nutzer*innen nicht auf den ersten Blick erkennen können. Bei Fragen zur Sozialpolitik, beispielsweise die Festlegung einer Mietobergrenze, ergibt der Wahl-O-Mat, neben mehreren demokratischen Parteien, auch eine Übereinstimmung mit der NPD. Diese fordert eine Mietpreisbremse vom Staat. Die im Wahl-O-Mat aufgeführte Antwort der Partei lässt jedoch nicht darauf schließen, dass überdies in dem Wahlprogramm der NPD steht, dass bei der Vergabe von Wohnraum Deutsche Bürger*innen ohne Migrationshintergrund bevorzugt werden sollen. Die NPD versucht Wähler*innen mit populären Themen zu gewinnen – und versteckt dahinter das rechtsextreme Weltbild. Wolfgang Michal kritisiert: „Man sollte doch annehmen, dass die Bundeszentrale für politische Bildung weiß, dass populistische, rechtsradikale Parteien ihre Wahlaussagen gezielt

TIPPS & TERMINE

ESSEN ORIGINAL
STADTFESTIVAL
13. - 15. 09. 2013
ROCK POP ELEKTRO JAZZ SCHLAGER CLASSIK

MITTWOCH, 11.9.

Jam Session – strictly good music...!
Nach 1-jähriger Zwangspause findet endlich wieder die berühmte Jam Session statt! Keyboard & mics vorhanden, kleine Percussion o. Gitarren und Bässe müssten mitgebracht werden. Eine Voranmeldung ist nicht nötig.

► Ab 20 Uhr, D.Bar Kahrstraße 80 Essen, Eintritt Frei

MITTWOCH, 11.9.

11. September 1973 – Schlacht um Chile
Dokumentarfilm und Gespräch mit Friedrich P. Heller über den Putsch des chilenischen Militärs am 11. September 1973 unter General Augusto Pinochet gegen die demokratisch gewählte sozialistische Regierung Salvador Allendes.

► Ab 19 Uhr, Bahnhof Langendreer Endstation Kino, Eintritt 7 Euro

FREITAG, 13.09 - 15.09

Essen Original
Bereits zum 18. Mal wird die Essener Innenstadt in eine große Freilichtbühne verwandelt. Auf insgesamt sechs Bühnen wird gerockt, gejazzt und zu Schlagern geschunkelt. Doch auch für Hip-Hop-, Elektro- und Heavy Metal-Fans bietet sich das Open-Air-Stadtfestival an.

► Ab Freitag 15.30 Uhr, Essen Innenstadt, Draußen & Umsonst

als Wunschkataloge anlegen“. Positiv zu bemerken ist jedoch, dass dieses Jahr auf der Seite der bpd ein Artikel über diese Problematik veröffentlicht wurde, in dem die Hintergründe zu den Antworten der NPD dargestellt werden. Trotzdem wer den Wahl-O-Mat lediglich als virtuelles Spiel betrachtet und sich nicht die Mühe macht weiter zu lesen, kann schnell getäuscht werden.

Alternative Wahl-O-Maten

Aufgrund der Kritik, dass 38 Fragen, die von einer politischen Redaktion gestellt wurden, nicht ausreichend seien, gibt es im Internet zahlreiche ähnliche Programme. Diese setzen andere Schwerpunkte als der Wahl-O-Mat – denn auch hier sollte Konkurrenzfähigkeit gegeben sein.

Das ParteieNavi, eine Erfindung der Universität Konstanz, bietet bei dem Fragenkatalog fünf Antwortmög-

lichkeiten. Im Gegensatz zu dem Prinzip des Wahl-O-Mat können Benutzer*innen sich für „Stimme voll und ganz zu“, „Stimme eher zu“, „teils, teils“, „Stimme eher nicht zu“ und „Stimme überhaupt nicht zu“ entscheiden. Das bietet eine differenzierte Möglichkeit zu den Thesen Stellung zu nehmen und löst das Problem der Pauschalität des Wahl-O-Mat der bpb. Die Fragen sowie die Auswertung wurden von ausgelosten Wissenschaftler*innen erstellt, die sich an den Wahlprogrammen der Parteien orientieren. Da die Erstellung des „Navigationsgeräts zur Bundestagswahl“ aufwändig gestaltet ist, werden allerdings nur sieben Parteien verglichen. Das ParteieNavi bietet eine umfassende Informationsmöglichkeit, ist jedoch für die Benutzer*innen etwas zeitintensiver.

Auch die Süddeutsche Zeitung bietet einen Wahl-Thesen-Test an, bei

dem Hundert Abgeordnete verschiedener Parteien zu ihren persönlichen Einstellungen zur Deutschlandpolitik befragt wurden. Den Vorteil, den die Zeitung hierbei sieht, stellt sie auf der Internetseite dar: Der Wahl-Thesentest liefere Ergebnisse, die nicht auf programmgewordenen Kompromissen basieren, sondern auf persönlichen Einschätzungen und Einstellungen führender Parteivertreter*innen.

Nach einer Bundestagswahl-Spezialsendung testeten vielen Galileo Zuschauer*innen den dort angepriesenen online Wahlchecker. Dieser wirbt damit, dass die Aussagen aus den aktuellen Wahlprogrammen von fünf Bundestagsfraktionen sehr „einfach“ sind. Genau, das ist ja auch wichtig. Es will ja niemand, dass politisch Uninteressierte an der Hürde des Verständnisses scheitern. Eine teilweise Unterscheidung der Fragen

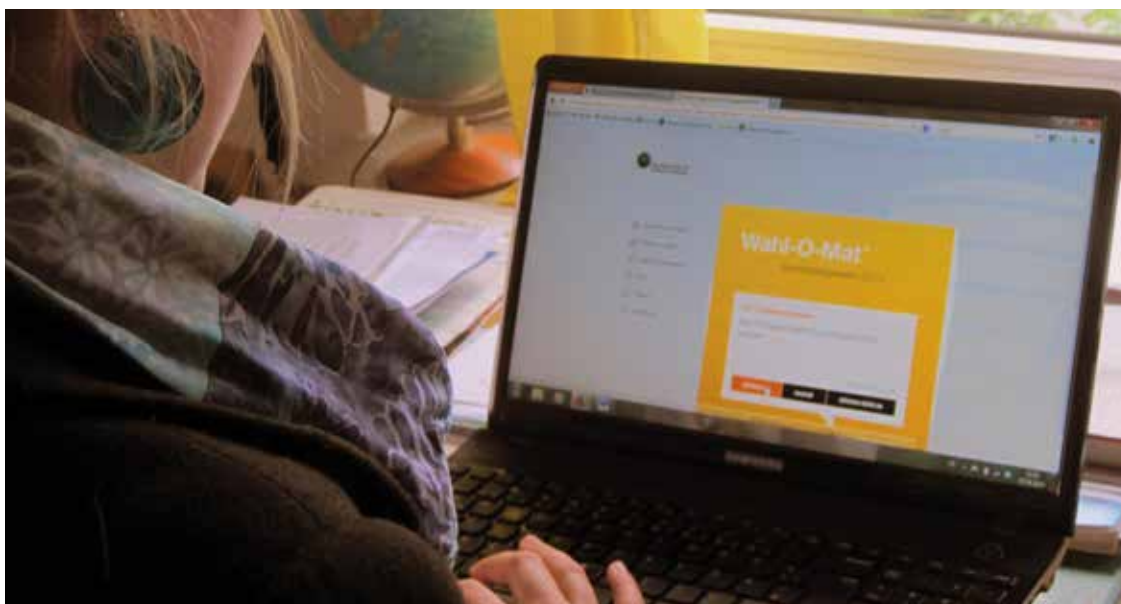
im Gegensatz zu denen des Wahl-O-Mat der bpb, wo man beispielsweise nicht zu der Legalisierung von Cannabis Anbau Stellung beziehen soll, spricht mal wieder für Galileo perfekte Anpassung an die mutmaßlich jüngere Zielgruppe. Den Ersteller*innen des Wahlcheckers sind jedoch nur 26 Fragen eingefallen und den fleißigen Klicker*innen wird unterdessen noch vermittelt, dass es in Deutschland nur fünf Parteien zu geben scheint. Erfrischend einfach.

Studentin im Selbsttest

Malin Schmidt ist Erstwählerin und hat sich im Internet mit den Wahlprogrammen der Parteien auseinander gesetzt. Dabei darf die Testung des Wahl-O-Mat nicht fehlen.

„Natürlich war ich neugierig, ob meine Meinung durch den Online-Fragenkatalog bestärkt wird - teilweise ist das auch eingetreten. Praktisch ist, dass man die Antworten der Parteien sehr kompakt zusammengefasst lesen kann- so hat man Zeit sich mit allen Parteien auseinander zu setzen.“

Erstaunlich findet sie, dass wenn sie die 38 Thesen entgegengesetzt ihrer Überzeugungen beantwortet und sich dabei „ganz unsozial“ fühlt, nicht etwa eine radikale, sondern eine der meist etablierten Parteien herauskommt. Malin Schmidt zieht ein geteiltes Resümee: „Klar kann der Wahl-O-Mat eine Hilfe sein, sich bei manchen politischen Thesen eine Meinung zu bilden- dennoch sollte man sich kritisch mit dem Ergebnis auseinandersetzen und sich auch anderweitig informieren, denn das übernimmt der Wahl-O-Mat nun mal nicht.“ [Gerne]



Klicken macht schlau: Das Online „Spiel“ – Der Wahl-O-Mat (Foto: Gerne)

SAMSTAG, 14.09.

Party im DJaezz

SCHWARZLICHTnebelSTRO-POSKOP die Zweite: Aufgrund der großen Nachfrage erneut eine Party mit der düsteren und trotzdem tanzbaren Musik, schneidenden Gitarren und hallenden Beats. Dieses Mal mit DJ Reptile aus Köln.

► Ab 22 Uhr, Boersenstrasse 11, Duisburg, Eintritt Ab 23.00 Uhr 4 Euro

SAMSTAG, 21.09.

Rebel Grrrrl Convention

Eine politische Convention für Musik machende, auflegende und/oder Text performende Frauen/Lesben/Transsexuelle. Bei Workshops sollen eine Vernetzung und ein reger Austausch stattfinden.

► Ab 19 Uhr, AZ Mülheim, Auerstr. 51, Mitbringen von Essen erwünscht.

SAMSTAG, 21.09.

Wuppertal dichtmachen

Eine Gegendemonstration zu der angekündigten „nationalen Großdemonstration“ der Rechten zum AZ Wuppertal. Einen Tag vor der Bundestagswahl den rechtsradikalen keine Plattform geben- und sie lautstark übertönen.

► Ab 10 Uhr, Treffpunkt: City Arkaden Wuppertal

SONNTAG 22.09

Bundestagswahlen

Wie die Ärzte schon sagen: Lass sie Deine Stimme hören, weil jede Stimme zählt! Die 18. Bundestagswahl steht an und daher sind alle Wahlberechtigten aufgerufen ihre Kreuzchen zu machen. Ab 18.00 Uhr gibt es die ersten Hochrechnungen.

► Ab 8.00 Uhr, Wahllokale haben meistens bis 18.00 Uhr geöffnet

Nachttanzdemo die Dritte

Feiern, tanzen und politische Inhalte übermitteln. Darum ging es vergangenen Freitag bereits zum dritten Mal bei der Nachttanzdemo in Duisburg. Vom Hauptbahnhof ging es tanzend bis zum Rathaus. Neben der zentralen Forderung nach einem selbstverwalteten kulturellen Zentrum, wurde in diesem Jahr noch ein Thema angesprochen, das den Veranstaltern ganz besonders am Herzen liegt: Die rassistische Bedrohung der Anwohner*innen in den Peschen.

Freitagabend, Treffpunkt Hauptbahnhof: tanzen gehen, aber nicht in einen Club, sondern auf der Straße und quer durch die Stadt. Unter dem Motto „Da geht noch mehr! Wir holen uns die Stadt zurück“ fand am vergangenen Freitag die bereits dritte Nachttanzdemo in Duisburg statt. Start der Demo war am Bahnhofsvorplatz. Mit etwas Verspätung und rund 500 Teilnehmer*innen ging es dann endlich los mit einer ersten Begrüßung und der Eröffnungsrede der Organisator*innen der Kampagne Du it Yourself (DuIY), die sich für soziale und kulturelle Freiräume in Duisburg einsetzt. Gleich zu Beginn machten diese klar „Wir machen das hier nicht zum Spaß.“ Naja, zumindest nicht nur. Der Grund für die Nachttanzdemo war, wie auch in den vergangenen Jahren, die Forderung nach einem Raum für ein soziokulturelles Zentrum. Denn dieses fehlt in Duisburg schon viel zu lange.

Keine Unterstützung

Anhand einer Studie des Planungs- und Beratungsbüros Dortmund ist man bereits 2009 zu dem Ergebnis gekommen, dass die soziokulturellen Zentren im Ruhrgebiet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer städtischen und regionalen Kultur leisten. Daher sollten sie von den Kommunen stärker als bislang unterstützt werden. In Duisburg hat es in diesem Bereich leider noch keinerlei Unterstützung gegeben.

Oftmals hat die Kampagne DuIY der Stadt bereits passende

Räumlichkeiten für ein Zentrum vorgeschlagen, bislang blieb der Kampf um ein soziokulturelles Zentrum allerdings ohne Erfolg. „Von Seiten der Stadt hören wir immer wieder, dass ein soziokulturelles Zentrum eine tolle Idee ist. Bei der Suche nach einem passenden Gebäude ist die Stadt bisher aber wenig hilfreich gewesen“, so David Meier von Du it yourself. Dabei müsste der Leerstand in Duisburg eigentlich mehr als genug Optionen für ein passendes Gebäude bieten. Doch so lange es noch kein Zentrum gibt, heißt es weiterhin einmal im Jahr tanzen und demonstrieren, damit Freiräume für Kunst, Kultur und Politik in dieser Stadt geschaffen und erhalten werden. „Wir müssen weiter Druck machen“, so Oliver, einer der Akteure von Du it yourself. „Wir sind aktuell an einem Punkt, an dem was gemacht werden könnte. Und das würde Duisburg gut tun.“

Neuer Kulturdezernent macht Hoffnung

Aber Hoffnung besteht: Kürzlich haben Gespräche mit dem neuen Kulturdezernenten Thomas Krützberg (seit Mai im Amt) ein Licht am Ende des Tunnels erahnen lassen. Krützberg gab DuIY die Zusagen, sich aktiv bei der Suche nach einem passenden Gebäude einzubringen und die Kampagne zu unterstützen. Trotzdem, eine gewisse Skepsis bleibt: „Wohlmeinende Worte hören wir immer wieder, aber Taten sind noch nicht viele gefolgt“, so Oliver. Tanzend und mit viel lauter Musik wurden diese nun erneut eingefordert. Zwei Musikwagen mit DJs, Punkrock und Special Effects sorgten für eine ausgelassene Stimmung. Viele bunte Schilder mit Forderungen sorgten trotzdem für Democharakter. Sogar der zu Beginn der Demo einsetzende Platzregen konnte die Demonstrant*innen nicht vom Tanzen abhalten.

Doch die Forderungen gingen nicht nur in Richtung Stadt. Der Appell ging auch an die Teilnehmer*innen der Nachttanzdemo: „Bringt euch ein, werdet aktiv.“ Ganz nach dem Motto „do it yourself.“ Der Gedanke, dass die Nachttanzdemo zu einer rei-



Foto: ttm

nen Partytradition verkommen könnte macht den Veranstaltern Sorgen. Auch in den vergangenen Jahren waren viele auf der Straße, aber nur wenige seien danach an den Projekten unterstützend dabei geblieben. „Es soll schon was dabei rumkommen, wir wollen kein Partyveranstalter werden“, so Oliver.

Es geht um Rassismus

Ein weiteres Thema lag den Veranstaltern auf dem Herzen: Im Stadtteil Hochfeld legte die Demo eine fast zehn minütige Tanzpause für eine Rede zur Situation der Häuser „In den Peschen“ ein. So eine lange Partypause stellte zwar ein kleines Risiko dar, allerdings blieben die meisten am Ball und zeigten damit noch mal, dass es eben doch an erster Stelle ums Demonstrieren ging. „Die Situation in Rheinhausen hat sich dermaßen zugespitzt, da war es uns schon sehr wichtig einen klaren Akzent zu setzen“, so Oliver. Zudem seien viele, die sich als Nachtwachen vor den Häusern

„In den Peschen“ engagiert hatten ebenfalls Akteure der Du it yourself-Kampagne. „Ich denke es war wichtig noch mal zu sagen, dass es da um Rassismus geht. Duisburg war schon immer eine Einwandererstadt – das soll sie auch bleiben.“, so Oliver weiter.

Ein Ende fand die diesjährige Nachttanzdemo schließlich pünktlich zur Nachtruhe um 22 Uhr. Auf dem Burgplatz vor dem Rathaus verabschiedeten sich die Organisatoren mit einer kurzen Abschlusskundgebung und einer kleinen Spitze in Richtung Polizei: „Das hier ist immer noch Duisburg und hier herrscht ab 22 Uhr Spaßverbot.“ [ttm]

EINLADUNG:

Nächstes Treffen von DuIY:
19. September ab 19 Uhr

Kneipe Heimat Hochfeld,
Gerokstraße/Ecke
Eigenstraße, Duisburg

Der andere 11. September

Auf den Tag genau vor 40 Jahren wurde der chilenische Präsident Salvador Allende Gossens durch den späteren Diktator Pinochet gestürzt und ermordet. Heute noch erinnern linke und demokratische Organisationen und Parteien an den einstigen Präsidenten Chiles, der mit friedlichen und demokratischen Mitteln versuchte, einen sozialistischen Staat zu errichten und am Widerstand konservativer Kräfte und der USA scheiterte. Langsam mehren sich die Zeichen, dass die am Sturz Allendes beteiligte CIA ihre Akten öffnen wird.

Salvador Allende Gossens wurde im Jahr 1908 in Valparais, im Süden Chiles geboren. Seine politische Sozialisation begann bei seinem Großvater. Dieser war ein enthusiastischer Marxist - Ansonsten wuchs Allende in einem bürgerlichen Haushalt auf. Im Alter von 18 Jahren begann er ein Medizinstudium in Santiago, der Hauptstadt Chiles. Während seiner Studienzeit nahm er an studentischen Protesten teil und wurde dabei mehrfach verhaftet. Im Jahr 1932 zählte er zu den Mitbegründern der „von Anfang an sich zu einem radikalen Marxismus bekennenden, links der Kommunisten stehenden Sozialistischen Partei Chiles“.

Drei Mal trat Allende als Präsidentschaftskandidat an, bevor er 1970 im vierten Anlauf gewann. In seiner kurzen Amtszeit schaffte er es, wichtige Industriezweige zu vergesellschaften und das Lohnniveau der Bevölkerung anzuheben. Zum Verhängnis wurde ihm der Widerstand mittelständischer und großer Unternehmen, die durch die CIA unterstützt wurden, bis 1973 die Regierung der Unidad Popular zu sabotierte. Das genaue Ausmaß der Unterstützung durch den amerikanischen Geheimdienst ist unbekannt. Vieles deutet daraufhin, dass die Akten über den Putsch zwischen 2013 und 2023 veröffentlicht werden sollen.

„Ich habe für eine Sache gekämpft, die ich für gerecht gehalten habe. Und für die Gerechtigkeit muss man standhaft bleiben. Damals habe ich gedacht, wie mein Vater der Gewerkschafter war, dass man für seine Überzeugung kämpfen muss. Es ist vielleicht ein wenig idealistisch, aber auch heute würde ich für dieses Ideal weiterkämpfen. Die Idee des Sozialismus ist eine gute Idee, was die Menschen daraus jedoch gemacht haben, ist enttäuschend. Kann sein, dass ich naiv bin, aber ich werde weiter kämpfen“, sagte ein ehemaliger



09. September 1973 - Ein Präsident wird gestürzt (Foto: DanKe)

Mitarbeiter (Name d. Redaktion bekannt) des Präsidentenpalasts, der nur mit Glück 1973 vor dem Putsch in Chile fliehen konnte.

Der Putsch

Am 9. September '73 beschlossen drei Ranghohe chilenische Offiziere – unter der Führung des späteren Diktators Augusto Pinochets – den Putsch gegen die Regierung Salvador Allendes und die Partei Unidad Popular (UP). Die UP war 1967 durch den Zusammenschluss der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei und kleiner linksorientierter Parteien Chiles entstanden. In der Nacht vom 10. auf den 11. September griffen die Streitkräfte die chilenische Hauptstadt Santiago de Chile an. Die faschistische Junta forderte den gewählten Präsidenten Salvador Allende zum Rücktritt auf. Der Präsident lehnte die Forderungen ab. Im Präsidentschloss hielt er bis kurz vor seinem Tod eine Radioansprache an das chilenische Volk. „Das Volk darf sich nicht unterkriegen oder vernichten lassen, es darf sich nicht demütigen lassen.“, sagt Allende in seiner letzten Rede kurz vor seinem Tod. Der Gefangennahme durch Pinochet entzog sich Salvador Allende durch Suizid. An diesem Tag wurde der Chilenische Weg, den Sozialismus auf friedliche Weise zu etablieren, blutig niedergeschlagen. Stattdessen wurde ein Klima der Angst geschaffen, in dem Militärs und Oligarchen die Macht innehatten. Am Ende des Putsches flohen über 500.000 Chilen*innen.

Reaktionen

In Deutschland kam es 1973 zu Pro-

testen und Demonstrationen. Die Empörung über den Putsch, sowie die damit verbundenen amerikanischen Imperialismus und die Verfolgung der Anhänger der Unidad Popular waren weltweit zu vernehmen. Bemerkungen des damaligen Generalsekretärs der CDU, „im Stadion von Santiago habe sich keiner der Häftlinge bei ihm beschwert und das Leben sei dort bei sonnigem Wetter recht angenehm“, trugen auch in Deutschland zu einem angespannten Klima bei: Das Stadion wurde während des Putsches vom Militär als Gefangenenlager genutzt.

Heute noch geehrt

Im Norden des Ruhrgebiets, für einige auch bereits außerhalb, steht das Salvador Allende Haus in Oer-Erkenschwick. Das Haus gehört zum Bildungsnetzwerk der Falken, einer Jugendorganisation der SPD. Dort wird mit regelmäßigen Ausstellungen Allendes Andenken geehrt. In vielen Städten Deutschlands finden am 09.11 Veranstaltungen statt, um den Opfern des Pinochet-Putsches zu gedenken und um Lehren aus Allendes Amtszeit zu ziehen. [DanKe]

VERANSTALTUNG:

Allendes Sturz mit Zeitzeugen und Historikern

Am 09.11, 18.00 Uhr
Oberhausen Linkes Zentrum
(Elsässerstraße 19)

KURZMELDUNGEN

Essen stellt sich quer

250 Menschen demonstrieren am Samstag den 07. September gegen die NPD. Streitpunkt war das Flüchtlingsheim in Frintrop. In der ehemaligen Walter-Pleitgen Schule sollen bis zu 100 Flüchtlinge untergebracht werden. Die Demonstration verlief lautstark und friedlich. Zahlreiche Gruppen haben sich im Vorfeld zu einem Bündnis gegen rechts zusammengefunden, darunter auch Grüne, SPD, und Linkspartei. Doch nicht nur die NPD protestiert gegen das geplante Flüchtlingsheim. Auch Anwohner kritisieren, dass es zu wenig Kommunikation gegeben hatte und sie vor vollendete Tatsache gestellt sein worden. Die Angst der Anwohner, dass die Notunterkunft ihre Nachbarschaftsordnung durcheinander bringe, kann nicht nur für die NPD Wähler*innenstimmen bedeuten, sondern auch zu einer Bedrohungslage für die Bewohner*innen der Häuser werden. Umso wichtiger ist eine offene Informationspolitik der Stadt, die den Dialog suchen sollte, ohne Rassismus hinzunehmen.

Bürger*innenentscheid gegen Messepläne

Nach dem aufgekommenen Bürger*innen begehren zum Umbau des Essener Messegeländes steht nun fest: am 19. Januar 2014 findet ein Bürger*innenentscheid statt. Für den Umbau der Messe heißt das, dass selbst, wenn der Entscheid im Januar zugunsten des Umbaus ausginge, die Arbeiten erst im Frühjahr 2015 beginnen könnten. Bis zum Entscheid dürfen Messe und Stadt zudem keine neuen Aufträge erteilen oder Geld in das Projekt stecken. Bisher sind allerdings bereits fast sieben Millionen Euro in Aufträge vergeben worden.

In Bochum wird umfairteilt!

Am 22. September wird in Deutschland gewählt, der Wahlkampf wird bisher aber vor allem von Themen bestimmt, die mit den Alltagsproblemen der Mehrheit der Bevölkerung wenig zu tun haben. Die beiden Umfairteilen-Demonstrationen die am 14. September in Bochum und Berlin stattfinden, könnten mit ihrem Fokus auf die soziale Ungerechtigkeiten daran vielleicht etwas ändern.

In Bochum mobilisiert das Bündnis Umfairteilen um 11:30 von drei Startpunkten aus zur Abschlusskundgebung am Bergbaumuseum. Dort soll neben dem Verdi-Vorsitzenden Frank Bsirske, auch Özlem Alev Demirel für die Förderation demokratischer Arbeitervereine DIDF und Dr. Ulrich Schneider für den paritätischen Gesamtverband sprechen. Umrahmt wird das ganze von einem Kulturprogramm mit dem Kabarettisten Wilfried Schmickler, sowie verschiedenen Musiker*innen und Bands aus dem Ruhrpott. Erwartet werden in Bochum mehr als 20.000 Teilnehmer*innen, dadurch würde Umfairteilen zur größten Demonstration des Jahres in NRW werden.

Gewerkschaften unterstützen das Bündnis

Das Bündnis, das aus den Gewerkschaften Verdi und Gew, den Naturfreunden, dem paritätischen Wohlfahrtsverband, DIDF und anderen Organisationen besteht, wird bei der Bochumer Demonstration, von allen örtlichen Gliederungen des DGB unterstützt. Im Bochumer Gewerkschaftsaufwurf zur Demo heißt es „In den vergangenen Jahren hat sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter geöffnet. Während die Vermögenden ihren Reichtum gesichert und ausgebaut haben verharren die meisten arbeitenden Menschen und deren Familien, die Rentnerinnen und Rentner und Erwerbslosen bestenfalls beim Inflationsausgleich, viele geraten in Armut und in Arbeitslosigkeit; ein großer Teil von Erwerbslosen hat kaum Chancen wieder in eine sozial-



Aktivist*innen fordern mehr. (Foto: DanKe)

versicherungspflichtige Arbeit zu fairen Bedingungen zu kommen.“

Die Gewerkschaften machen damit ihre grundsätzliche Kritik an der Entwicklung der sozialen Lage in Deutschland deutlich und stellen sich hinter die Forderungen des Bündnisses, das höhere Steuern für Reiche, wie auch eine Vermögenssteuer fordert. Kritik am Bündnis kommt, neben konservativen Gruppen, die den freien Markt verteidigen, auch von verschiedenen Gruppen der radikalen Linken, denen die Forderungen des Bündnisses nicht weit genug gehen, sich aber trotzdem mit kleineren Gruppen an der Demo beteiligen. Pedram Shayar von Attac kritisiert die Beteiligung von SPD und Grünen und betont die Notwendigkeit den „Vereinnahmungsversuchen von SPD und Grünen zu widerstehen und in der Öffentlichkeit, die wir mit unserer Kampagne gewinnen, noch sehr viel deutlicher auf die Rolle der rot-grünen Regierung als der neoliberaler Rammbock der letzten 20 Jahre hinzuweisen.“ Trotz seiner Kritik betont auch er die Notwendigkeit der Bewegung. Auftaktsorte der Demo ist 11:30 am Schauspielhaus, Jahrhunderthaus und an der Massenbergstraße am HBF. [JJ]

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: **ASTA** der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.
Projektkoordination: David Freydank
Anschrift: akduell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen
Redaktion dieser Ausgabe: Jule El-Kathib (JJ), Alex Grossert (aGro), Teresia Minjoli (ttm), Linda Gerner (Gerne), Daniel Kerekes (DanKe)
Comic: Sebastian Happ
Vi.S.d.P.: Daniel Kerekes (DanKe)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de
Fon: 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 6 | | 4 | | | | |
| | 1 | 5 | | 3 | | | | 6 |
| | | | | 7 | 2 | 5 | 4 | 1 |
| | | | | | | | 9 | |
| | | 3 | | | 4 | 7 | | 5 |
| 5 | | | | 2 | 1 | 3 | 6 | 8 |
| | | | | | | | 2 | |
| | 6 | | 2 | 8 | | | | 4 |
| | | | 4 | 5 | 6 | | | 3 |

HLP! #33: ALTE AUFNÄHER UND NEUE FREUNDINNEN...

